

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	XIII
Einleitung	1

E r s t e r T e i l

Bestimmungsgründe einer allgemeinen Grundrechtsdogmatik des österreichischen Verfassungsrechts	7
1. Grundrechtsverständnis und Grundrechtskonsens	7
1.1. Zur Ausgangslage	7
1.2. Die Grundrechtsinterpretation des VfGH	14
1.3. Die Grundrechtsauffassungen der Lehre	19
1.4. Bedingungen einer konsensfähigen Grundrechtsdogmatik	24
2. Zur Normstruktur der Freiheitsrechte	25
2.1. Grundrechte als Leerformeln?	25
2.2. Das grundrechtliche Normprogramm	28
2.3. Die teleologische Struktur der Freiheitsrechte	35
3. Von der Idee der Menschenrechte zur Dogmatik der Grundrechte: Entwicklungslinien des Grundrechtsverständnisses im 19. Jahrhundert	39
3.1. Das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger und die europäische Grundrechtstradition	39
3.2. Grundrechte und Gesellschaft: Von der umfassenden Freiheitsbegründung der Aufklärung zum staatsgerichteten Abwehrrecht	44
3.3. Die Grundrechte im Staat: Von der Ordnungsgrundlegung durch Grundrechte zum subjektiven Schrankenrecht	51
3.4. Grundrechte und Gesetzgebung: Von der Bestandsgarantie der Freiheit zu ihrer Gesetzmäßigkeit	57
4. Die Grundrechte in der Verfassungsordnung der demokratischen Gesellschaft	63
4.1. Das Rezeptionsproblem	63
4.2. Verfassungsrechtliche Determinanten des Grundrechtswandels	67
4.3. Die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention	70
4.4. Grundrechtsdogmatik als Integrationsbemühen	71
5. Elemente einer allgemeinen Grundrechtsdogmatik	72
5.1. Maximen der Grundrechtsinterpretation	72
5.2. Freiheitsgewährung durch objektive Grundsatznormen	73
5.3. Grundrechtseingriff und Verhältnismäßigkeitsprinzip	80
5.4. „Drittewirkung“ und Grundrechtsverwirklichung im Privatrecht	86
6. Zusammenfassung zum 1. Teil	96

Z w e i t e r T e i l

Kommunikationsfreiheit und freiheitliche Kommunikationsordnung: Zur Dogmatik der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit	100
1. Vorbemerkung	100
2. Der normative Sinn der Kommunikationsfreiheit	102

X Inhaltsverzeichnis

2.1. Der Ausgang von der Denk- und Geistesfreiheit	102
2.2. Die Passion für die Publizität	104
2.3. Der Kampf um die Pressefreiheit als Paradigma für Rede- und Meinungsfreiheit	106
2.4. Zur „Doppelnatur“ der Meinungs- und Pressefreiheit im Vormärz .	110
3. Kommunikationsfreiheit und freiheitliche Kommunikationsordnung	117
3.1. Die Gewährleistung sozialer Kommunikation als Grundtatbestand .	117
3.2. Die „öffentliche Aufgabe“ von Presse und Rundfunk und ihre „Bestandsgarantien“	120
3.2.1. Die Karriere eines Verfassungsbegriffs	120
3.2.2. Die Öffentlichkeitsaufgabe der Presse im Entwurf Verfassungsbestimmungen MedienG	126
3.2.3. Die Tragweite einer Bestandsgarantie der Presse	128
3.2.4. Die öffentliche Aufgabe des Rundfunks	131
3.3. Grundprinzipien der freiheitlichen Kommunikationsordnung	134
3.3.1. Autonomie	135
3.3.2. Individualität	137
3.3.3. Offenheit und Pluralität	140
3.3.4. Konsensgebundenheit	143
3.3.5. Verantwortlichkeit	144
3.4. Die Verwirklichung der Grundprinzipien der freiheitlichen Kommunikationsordnung	145
4. Die Beschränkung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit	149
4.1. Absolute und relative Konzeptionen der Kommunikationsfreiheit . .	149
4.2. Die Schrankensystematik im Bereich der Kommunikationsfreiheit .	156
4.3. Kriterien der Grundrechtsbeeinträchtigung und der Gesichtspunkt der Eingriffsintensität	160
4.3.1. Die Rechtsprechung des VfGH	160
4.3.2. Systematik der Eingriffskriterien	164
4.3.3. Eingriffsfreie Grundrechtsausgestaltung?	170
5. Kommunikationssphären und Kommunikationsfunktionen	173
5.1. Private und öffentliche Kommunikation	174
5.2. Öffentliche Kommunikation durch Massenmedien	177
5.3. Funktionstypen grundrechtlich gewährleisteter Massenkommunikation .	179
5.3.1. Aktualvermittlung	180
5.3.2. Meinungsäußerung	183
5.3.3. Sonstige Kommunikationsfunktionen	184
5.4. Politische Kommunikation in der demokratischen Verfassungsordnung .	186
6. Zusammenfassung zum 2. Teil	194

Dritter Teil

Die Verwirklichung der Kommunikationsfreiheit im Rechtsgüterkonflikt mit den Persönlichkeitsrechten des Einzelnen	199
1. Der Konflikt zwischen öffentlicher Kommunikation und den Persönlichkeitsrechten	199
1.1. Öffentlichkeit als Bedrohung	199
1.2. Zur Schrankenqualität des zivil- und strafrechtlichen Persönlichkeits- schutzrechtes	203
1.3. Konfliktlösung durch Gesetz und richterliche Interessenabwägung .	208
1.4. Probleme grundrechtskonformer Interessenabwägung	214
2. Persönliche Ehre und öffentliche Kommunikation	217
2.1. Das Rechtsgut und seine Bedrohung	217

2.2. Überblick über die straf- und zivilrechtlichen Ehrenschutztatbestände	219
2.2.1. Die strafrechtlichen Tatbestände (§§ 111, 115 StGB)	219
2.2.2. Der zivilrechtliche Schutz der Ehre nach § 1330 ABGB	221
2.2.3. § 1330 ABGB im Lichte von Art 3 MRK	224
2.2.4. Die Neuregelung des Ersatzes immaterieller Schäden bei publizistischen Ehrangriffen (§ 6 MedienG)	227
2.3. Probleme des Ehrenschutzes im Licht der Kommunikationsfreiheit (Überblick)	229
2.4. Ehrenrührige Tatsachenbehauptungen und die Freiheit zur Information	232
2.4.1. Der grundrechtliche Schutz der Wahrheit	232
2.4.2. Öffentliche Kommunikation zwischen Wahrheitspflicht und Wahrheitsfindung	236
2.4.2.1. Das Risiko öffentlicher Kommunikation	236
2.4.2.2. Die verfassungsrechtliche Beurteilung der beleidigungsrechtlichen Risikoregelung	238
2.4.2.3. Verfassungskonforme Interessenabwägung im Rahmen von § 114 Abs 1 StGB?	239
2.4.2.4. Öffentliche Kommunikation — ein schutzwürdiges Interesse?	242
2.4.2.5. Straffreiheit durch Wahrnehmung journalistischer Sorgfalt (§ 29 MedienG)	250
2.4.3. Überwiegende Veröffentlichungsinteressen und Kommunikationsfreiheit: Die Suche nach Maßstäben	254
2.4.3.1. Zur Problematik des Öffentlichkeitswertes von Informationen	254
2.4.3.2. Der empirische Nachrichtenwert: Öffentliche Aufmerksamkeit und journalistische Selektionskompetenz	256
2.4.3.3. Das Privileg der Seriosität: Ausschluß von Unterhaltung, Sensationslust und Kommerzialisierung	260
2.4.3.4. Der personenbezogene Maßstab: Public Figures und Personen der Zeitgeschichte	263
2.4.3.5. Der themenbezogene Maßstab: Der gesellschaftliche Orientierungswert	270
2.4.3.6. Gesamtabwägung und Verhältnismäßigkeitsprinzip	274
2.5. Ehrenrührige Werturteile und Kritikfreiheit	277
2.5.1. Der grundrechtliche Schutz der freien Kritik	277
2.5.1.1. Die Sanktionierung ehrenrühriger Werturteile	277
2.5.1.2. Die verfassungsrechtliche Privilegierung von Werturteilen	280
2.5.1.3. Die Verwirklichung eines beleidigungsfreien Beurteilungsspielraumes	284
2.5.2. Umfang und Grenzen verfassungsrechtlich geschützter Kritikfreiheit	286
2.5.2.1. Öffentliche Meinungsbildung in gemeinschaftswichtigen Angelegenheiten	286
2.5.2.2. Grenzen der Kritikfreiheit	287
3. Privatsphäre und öffentliche Kommunikation	291
3.1. Zur Problematik des Schutzgutes	291
3.2. Der verfassungsrechtliche Schutz des Privatlebens vor Veröffentlichungen (Art 8 MRK)	294
3.2.1. Zur formalen Struktur von Art 8 MRK	294
3.2.2. Privatleben und Öffentlichkeitssphäre	296

XII Inhaltsverzeichnis

3.2.3. Der Schutzgegenstand: Die Unversehrtheit privater Identität	300
3.2.4. Der Verletzungstatbestand: Indiskretion und Entfremdung	304
3.2.5. Zusammenfassung: Die Mißachtung des Privatlebens durch Veröffentlichungen	313
3.2.6. Gesetzgebung und Rechtsanwendung im Spannungsfeld von Art 8 MRK und Art 10 MRK	317
3.3. Indiskretion und Informationsfreiheit	318
3.3.1. Schutznormen des gesteigerten Schutzbereiches	318
3.3.1.1. Der strafrechtliche Diskretionsschutz	319
3.3.1.2. Diskretionsschutz durch das allgemeine Grundrecht auf Datenschutz	322
3.3.1.3. Der medienrechtliche Schutz des höchstpersönlichen Lebensbereiches	326
3.3.2. Interessenabwägung im gesteigerten Schutzbereich	328
3.4. Entfremdung und Informationsfreiheit	334
3.4.1. Schutznormen des relativen Schutzbereiches	334
3.4.1.1. Das Recht am eigenen Bild (§ 78 UrhG)	335
3.4.1.2. § 7 MedienG als Schutznorm des relativen Schutzbereiches?	337
3.4.1.3. Ansprüche aus einem allgemeinen Persönlichkeitsrecht oder Recht auf Achtung des Privatlebens (§ 16 ABGB)	340
3.4.2. Interessenabwägung im relativen Schutzbereich	342
4. Resozialisationsschutz und öffentliche Kommunikation	344
4.1. Aufriß der Problemlage	344
4.2. Der verfassungsrechtliche Anonymitätsschutz von Tatverdächtigen und Straftätern	347
4.3. Öffentliche Informationsinteressen in der Abwägung mit dem Persönlichkeitsschutz von Straftätern und Tatverdächtigen	354
4.3.1. Berichterstattung über Tatverdächtige während des Ermittlungsverfahrens	357
4.3.2. Berichterstattung über die gerichtliche Hauptverhandlung	360
4.3.3. Berichterstattung nach Abschluß des Strafverfahrens	362
5. Zusammenfassung: Die Abwägungsentscheidung im Spannungsfeld von Persönlichkeitsschutz und Kommunikationsfreiheit	364
Sachverzeichnis	371